Luzern, Freitag, 13. November 1896. | Nº 266 | Verbreitetste Zeitung der Zentralschweiz.

Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigeblatt für Stadt und Kanton Luzern und die übrige Zentralschweiz

Fünfundvierzigster Jahrgang

— Abonnementspreise: —

	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Durch die Post bezogen	Fr. 3. 40	Fr. 6. 40	Fr. 12. 80
Zur Luzern zum Bringen	„ 3. —	„ 6. —	„ 12. —
„ „ „ Abholen	„ 2. 50	„ 5. —	„ 10. —

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

— Insertionspreise: —
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum:
Lokal-Inserate 10 Cts., Wiederholungen ... ... 8 Cts.
Kanton Luzern, Urkantone, Zug u. angrenzender Teil des Aargau 12 „
Uebrige Schweiz und Ausland ... ... 15 „
Preis der Reklame-Zeile (Petit-Schrift): 50 Cts.

Redaktions-Bureau: Baselstraße Nr. 11 — Telephon — | Gratis-Beilagen | Jeden Freitag die belletristische Beilage „Wöchentliche Unterhaltungen" Alle vierzehn Tage das „Haushaltungsblatt", Gemeinnützige Blätter. | Gratis-Beilagen | Expeditions-Bureau: Baselstraße u. Kornmarkt. — Telephon —

Luzerner Walhalla.

Otto zem Turne, Minnesänger, am 13. Oktober 1330 zum Bürger der Stadt Luzern angenommen, Besitzer von Gütern in Luzern, Rotenburg, Stans, Ruswil u. s. w.

J. B. Ulrich, in der Sonderbundszeit Redaktor der „Staatszeitung" in Luzern, Verfasser einer Geschichte des Sonderbundskrieges. † als Landschreiber in Schwyz am 25. Januar 1876.

Gute Zeichen aus der Westschweiz.

Der zweite Wahlgang für die Genfer Ständeratswahlen hat ein sehr überraschendes Resultat ergeben. Bekanntlich wurde nach dem ersten Wahlgang der Umstand, daß der radikale Kandidat Gavard um ein Geringes mehr Stimmen erhalten hatte, als der liberal-konservative Kandidat Odier, der flauen Beteiligung der Liberal-Konservativen (sie selbst nennen sich bekanntlich „Demokraten") und ihrer Siegesgewißheit zugeschrieben, welche schuld an der erstern gewesen sei. Auf den zweiten Wahlgang rüsteten sich dann beide Parteien mit Macht. Wie die Genfer Korrespondenten außerkantonaler Blätter konstatierten, war seit Jahren die Agitation nicht mehr so intensiv betrieben worden. Ueber 4000 Wähler beteiligten sich am zweiten Wahlgang mehr, als am ersten; trotzdem ging Hr. Gavard mit einer Stimmenzahl als Sieger hervor, welche diejenige seines Gegners um 2981 übertrifft — ein wahrhaft glänzendes Ergebnis!

Es ist uns dieser Tage ein Genfer Telegramm der „N. Z.-Z." wieder zu Gesicht gekommen, welches am 6. November vorigen Jahres aufgegeben wurde und die Vorbereitungen zu den Stadtratswahlen betraf. Der Korrespondent des Zürcher Blattes berichtete hierüber: „Das radikale Wahlkomitee hielt gestern Sitzung bis Mitternacht zur Besprechung der Wahlen vom 11. November für den Stadtrat. Das Komitee hat noch keinen Beschluß gefaßt. Die Partei scheint vollständig zersplittert und ohne Leitung zu sein." Genau 12 Monate nach dieser angeblichen „Zersplitterung" und Ratlosigkeit haben die Radikalen ihre Gegner aufs Haupt geschlagen!

Wir würden auf diesen Vorgang in Genf nicht so großes Gewicht legen, wenn die Wahl vom 8. November nicht den Charakter eines Prinzipienkampfes angenommen hätte. Aber die von beiden Parteien erlassenen Wahlaufrufe lassen bezüglich dieses Punktes keinen Zweifel zu. Im liberal-konservativen Aufruf für Odier hieß es: „Ihr wollt eine starke und einige Schweiz, aber ihr wollt auch Achtung vor der Kantonal-Souveränität und der Verfassung von 1874. Kämpft deshalb gegen die Zentralisation, gegen den Staatssozialismus, gegen die eidgenössische Büreaukratie!" Im Aufruf der Radikalen für Gavard dagegen war gesagt: „In der Eidgenossenschaft sind wir für die obligatorische Versicherung, für die Eisenbahnverstaatlichung, die Verbesserung der Schulen und des Loses der armen Kinder unter den Vorbehalten für die Selbständigkeit der Kantone, die ihr am 25. Oktober gutgeheißen habt."

Die leitenden Komitees beider Parteien hatten also zu den auf eidgenössischem Boden sich abspielenden Kämpfen Stellung genommen und die Wähler unter diesem Zeichen zu den Urnen gerufen. Um so bedeutungsvoller ist daher der Sieg des radikalen Kandidaten.

Wir gehen wohl kaum irre, wenn wir den Ausgang des Wahlkampfes in Genf zu einem guten Teil als eine Rückwirkung der eidgenössischen Volksabstimmung über das Eisenbahnrechnungsgesetz betrachten. Die liberalkonservative Presse hatte gegen dieses Gesetz Himmel und Erde in Bewegung gesetzt und — was hier noch mehr in Betracht fällt — hartnäckig einen Sieg der Gegner desselben prophezeit, indem sie nicht müde wurde, die Mehrheit des Schweizervolkes für sich in Beschlag zu nehmen. Das Schweizervolk aber hat diese Propheten Lügen gestraft und sich durch die heftigen Deklamationen wider den „Staatssozialismus", die „Zentralisation" und die „Bundesbüreaukratie" nicht abhalten lassen, das Gesetz, welches eine Vorbereitung zur Eisenbahnverstaatlichung ist, zu sanktionieren. Der Rückschlag dieses Entscheides auf die Stimmung der genferischen Wähler ist nicht ausgeblieben. Zu dem Ausgang der Ständeratswahl mag übrigens auch die Kampfweise der liberalkonservativen Preßorgane beigetragen haben, die sich wie von der Tarantel gestochen gebärdeten und mit wahrer Verserkerwut gegen den „statisme" und alles, was damit in Verbindung stehen soll, zu Felde zogen. Selbst das „Genfer Journal" hat, wenn es auf diese Dinge zu sprechen kommt, den selbstbewußten, vornehmen Ton eines großen angesehenen Blattes längst abgelegt und gefällt sich immer mehr in dem keifenden Tone eines übellaunigen alten Weibes. Viele Genfer Wähler mögen von diesem ewigen Gebelfer schließlich ermüdet und selbst angeekelt gewesen sein und aus diesem Grunde sich dem radikalen Kandidaten zugewendet haben.

Auch in den übrigen Kantonen der welschen Schweiz macht die radikale Partei Miene, sich den Gesinnungsgenossen in der deutschen Schweiz wieder nähern und sich mit ihnen über die eidgenössischen Tagesfragen verständigen zu wollen. Kundgebungen in diesem Sinne sind seit dem 4. Oktober (Abstimmung über das Rechnungsgesetz) in der neuenburgischen und waadtländischen radikalen Presse erfolgt. Die Radikalen der welschen Kantone denken allerdings nicht daran, ventre à terre ins zentralistische Lager zu rennen und da bedingungslos zu kapitulieren. Aber sie finden doch, daß es Zeit sei, ernsthaft und von gutem Willen beseelt mit einander zu reden und über die obschwebenden Fragen (Bundesbank, Kranken- und Unfallversicherung, Eisenbahnverstaatlichung, Unterstützung der Volksschule) eine Verständigung anzustreben. Ganz selbstverständlich wird es sich bei diesen Pourparlers nie und nimmer darum handeln können, daß die Deutsch-Schweizer ihre Anschauungen zum Opfer bringen und sich den Auffassungen ihrer welschen Parteigenossen fügen. So denken wir uns die Verständigungsversuche absolut nicht. Aber wir nehmen an, daß sich ein Boden finden lasse, auf welchem die beiden Teile zusammentreffen können, ohne daß der eine als Sieger und der andere als Besiegter erscheint, ein ehrenhafter Kompromiß, bei welchem jeder Teil etwas nachgibt, um das Ganze zu retten und sicher zu stellen. Bezüglich der Versicherungsgesetze ist eine solche Verständigung in der nationalrätlichen Kommission bereits angebahnt, indem den Kantonen bezüglich der Organisation der Verwaltungskreise und der Aufsicht über dieselben einige Zugeständnisse gemacht wurden, durch welche sich die welschen Kommissionsmitglieder (Comtesse und Favon) als befriedigt erklärten. Was bezüglich dieser Materie möglich ist, wird sich auch in betreff anderer Vorlagen erzielen lassen, wenn nur der gute Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, auf beiden Seiten vorhanden ist.

In diesem Sinne schlagen auch wir in die seitens der Westschweiz gebotene Hand ein, hoffend, daß die Zumutungen der dortigen freisinnigen Parteigenossen nicht derart sein werden, daß wir, ohne das Opfer unserer grundsätzlichen Anschauungen zu bringen, sie nicht annehmen können.

Schweiz.

— **Bankwesen.** Die Fusion des Basler und Zürcher Bankvereins mit der St. Galler Union ist nun perfekt, nachdem die Einsprachen einiger Verwaltungsräte von Zürich entkräftet wurden, welche, weniger aus Rücksichten der Sicherheit, als um den Geschäftskreis nicht zu weit zu ziehen, die Grenzen nicht überschreiten wollten. Das St. Galler Institut hat im Vorjahr 5 % Dividende ausgerichtet. Mit dieser nunmehrigen Kapitalansammlung wird es möglich sein, den Warenverkehr der ganzen Ostschweiz, besonders in Baumwolle, Seide 2c., zu konzentrieren. Besonders das amerikanische Geschäft wird berücksichtigt werden, und in dieser Hinsicht dürfte die Züricher Kreditanstalt einige Konkurrenz erfahren. Die Fusion geht übrigens nicht bis zu einer Verschmelzung. Es bleibt jedem der drei Institute die eigene Direktion und selbständiges Auftreten in gewissen Angelegenheiten. Nur wird ein gemeinsames Kollegium als Oberleitung funktionieren.

— **Eidgenössisches Turnfest in Schaffhausen.** Die Regierung des Kantons Schaffhausen hat einen Beitrag von 4000 Fr. an das eidgen. Turnfest bewilligt.

— **Das Bundesgericht** hat den Rekurs des E. Ullmer von Zürich, in Manchester, gegen die Regierung des Kantons Zürich, welche dem Beschwerdeführer wegen Nichtbezahlung der Militärsteuer die Entlassung aus dem zürcherischen Kantons- und Gemeindebürgerrecht verweigerte, als begründet erklärt und dessen Entlassung aus dem schweizerischen Staatsverbande ausgesprochen.

— **Schweizerische Landesausstellung.** Die verschiedenen Gruppen der Beamten und Angestellten der Landesausstellung rücken langsam ab; vom 15. November an wird das Tempo beschleunigt sein und vom Januar 1897 an nur ein kleines Häuflein bleiben, das vollends mit allem aufzuräumen hat.

— **Maß und Gewicht.** Schon lange erwarten die Wirte eine neue Verordnung zum eidgenössischen Gesetz über Maß und Gewicht. Wie der „Gastwirt" mitteilt, wird sie im nächsten Jahr erlassen werden. Zur Zeit frage man sich in Bern noch, ob man für die Bierflaschen die Sechs- oder Siebendeziliter-Eichung einführen wolle.

— **Schweizer in Chile.** Die durch die Zeitungen bekannt gewordene grausame Behandlung zweier seit Anfang dieses Jahres verhafteter, in Chile niedergelassener Schweizer Bürger wird leider durch amtliche Berichte bestätigt. Der in dieser Sache intervenierende schweizerische Generalkonsul in Valparaiso wurde von den dortigen höheren Behörden auf den Ausgang des gegen die fälschlich des Mordes angeklagten Schweizer Bürger schwebenden Verfahrens verwiesen, so daß es ihm nicht gelungen ist, seinen Schutzbefohlenen die gewünschte Hülfe zu bringen. Auf Grund seines Berichtes wird der Bundesrat gegen die unmenschliche Behandlung zweier Schweizer Bürger bei der chilenischen Regierung energisch protestieren.

Luzern. Der Grütliverein Luzern hält nächsten Samstag abend seine Novemberfeier im „Löwengarten" in Luzern ab und erwartet zahlreichen Zuzug von Kriens, Emmenbrücke und Perlen. Die Festrede hält Hr. Nat.-Rat Wullschleger aus Basel.

— **Littau.** (Korresp.) Dem Einsender von Littau im „Vld.", Nr. 259, ist zu bemerken, daß er sich, bevor er solche Dinge in die Welt hinausschreibt, besser orientieren sollte. Die Rauferei ist nicht in einer Wirtschaft passiert, sondern auf offener Straße, und zwar vor der Polizeistunde. Man braucht also die Wirte von Littau nicht in diese Sache hineinzuziehen. Der Unglückliche heißt Schacher und nicht Spacher.

— **Horw.** Beim Krämerstein wurde die Leiche eines ca. 80 Jahre alten Mannes P. K. aus Döbeln (Sachsen) im See gefunden. Am Ufer lagen Rock, Uhr, Portemonnaie mit bedeutendem Inhalt, sowie ein Sackkalender, in dem der Entschluß zum Selbstmord notiert und Bestimmungen bezüglich des Nachlasses enthalten waren.

— **Hitzkirch.** Hier wurde am letzten Montag ein Landarbeiter beerdigt, der sich seinerzeit bemerkenswerte Verdienste um die Altertumskunde in unserm Kanton erworben hat. Derselbe, ein Johann Büttler, genannt „Jägeli", besorgte nämlich zu Anfang der Siebziger-Jahre im Auftrage des damaligen Seminardirektors Stutz und des Professors Amrein mit Geschick und unermüdlichem Fleiß die Ausgrabung der von Lehrerseminaristen entdeckten Pfahlbauten von Richensee.

Zürich. Die schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur hat eine sehr hübsche „Denkschrift zur Feier der Vollendung der Lokomotive Nr. 1000" in Folioformat erscheinen lassen. Das Titelblatt bietet eine Totalansicht der Etablissements dar, worauf der Text folgt, im wesentlichen ein ausführlicher Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung der genannten Fabrik. Zunächst gewinnt der Leser einen Einblick in die Gründung der Fabrik und ihre Entwicklung in finanzieller Beziehung, worauf ein besonderes Kapitel der Entwicklung der Werke in technischer Richtung gewidmet ist; endlich folgen statistische Tabellen über die abgelieferten Lokomotiven. Die Großzahl der Lokomotiven wurde nach den europäischen Ländern geliefert, und es sind hiebei alle Staaten fast ohne Ausnahme vertreten; von außereuropäischen Ländern finden wir das asiatische Rußland, Syrien, Brasilien und Japan als Abnehmer von Winterthurer Lokomotiven aufgezählt. Den Schluß des Heftes machen einige graphische Tafeln und ein schönes Photographie-Tableau mit der Ansicht von 81 Lokomotiven der verschiedensten Gattungen und Systeme.

Bern. Von wohlinformierter Seite verlautet, daß bei Nationalrat Dinkelmann in Bürgdorf, Direktor der Emmentalbahn, welchem seinerzeit nach Uebernahme dieser Direktion der verstorbene Marti im Regierungsrate folgte, Schritte getan werden, um denselben zu veranlassen, eine Kandidatur für den durch den Tod des letztgenannten frei gewordenen Regierungssessel anzunehmen.

— p. Hr. Professor Dr. Arnold Rossel, dessen Name in der wissenschaftlichen Welt einen guten Klang hat, ist nun wirklich von seiner Professur für anorganische Chemie zurückgetreten; er hat vom Regierungsrat die Entlassung in allen Ehren und unter Verdankung der geleisteten Dienste erhalten. Wie die Zeitungen bereits früher gemeldet haben, wird er die technische Leitung einer chemischen Fabrik übernehmen.

— p. Die Regierung hat zu staatlichen Vertretern im Verwaltungsrat der Burgdorf-Thunbahn (früher genannt Hasle-Konolfingen-Thunbahn) Regierungsrat Minder und Regierungsstatthalter Lenz in Schloßwil bezeichnet.

Zug. Der neue Bahnhof in Zug, die Lokomotivremise und der Güterschuppen rücken im Rohbau ihrer Vollendung entgegen, und bereits ist teilweise mit dem Ausbau begonnen worden; auch die Erstellung der Perron-Bedachungen wurde letzter Tage angefangen. Seit ca. 10 Tagen ist der Tunnel unter der Stadt durch ebenfalls soweit vollendet, daß die Materialzüge vom Südende durch denselben nach dem Bahnhofgebiete fahren können.

Baselstadt. Eine vom eidgenössischen Verein und von den vereinigten Quartiervereinen einberufene Versammlung beschloß, den von den Freisinnigen und Sozialdemokraten portierten Kandidaten für den Ständerat, Dr. Paul Scherrer, als konservativen Kandidaten Oberst Wilhelm Alioth-Vischer entgegenzustellen.

St. Gallen. Der vor ca. zwei Monaten in Herisau verhaftete Gauner August Schlatz von Häggenswil, wohnhaft gewesen in Schwanden, dessen Betrügereien mit gefälschten Telegrammen seinerzeit geschildert wurden, stand vor dem Kantonsgericht St. Gallen, das ihn wegen Betrug im Betrage von über 600 Fr. und Betrugsversuch im Betrage von über 1200 Fr. zu drei Jahren Zuchthaus verurteilte. Er war geständig.

— Mittwoch abends verschied in Ebnat, 69 Jahre alt, Hr. Jak. Bösch-Fischbacher, ein viel verdienter toggenburgischer Industrieller.

Aargau. Der Gemeinderat von Baden befaßt sich mit der Frage der Publikation der Steuerbücher. In der Einwohnergemeinde erklärte der Referent der Kommission für die Gemeinderechnung, der Gemeinderat werde der Einwohnergemeinde über die Frage in naher Zeit Bericht erstatten. Mit Beifall nahm die Einwohnergemeinde den von der Kommission ausgesprochenen Wunsch auf, es seien die Namen der Milchpanscher regelmäßig zu publizieren.

Waadt. In der Sitzung des Großen Rates vom Mittwoch Nachmittag interpellierte Fauquez die Regierung über das Unglück in der Irrenanstalt Cery und über die schlechte Behandlung von Kranken im Bade von Lavey. Staatsrat de Bonneville erwiderte. Fauquez erklärte sich mit der Erklärung der Regierung befriedigt. Die Regierung wurde aufgefordert, die Frage zu prüfen, ob nicht für die Hinterlassenen der Opfer von Cery ein Mehreres getan werden könne.

Der Rat beschloß sodann, auf eine neue Dauer von 6 Jahren alle im Kanton ansässigen Fremden von der Mobiliarsteuer zu befreien. Alsdann wurde die Beratung des Gesetzes über Lehrlingswesen begonnen.

Genf. Dem „Journal de Genève" zufolge hat das Genfer Komitee der P. L. M. die offizielle